

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

BERLINER EXTRA DIENST

5. Oktober 1968 – 80/11
Einzelpreis DM 0.75

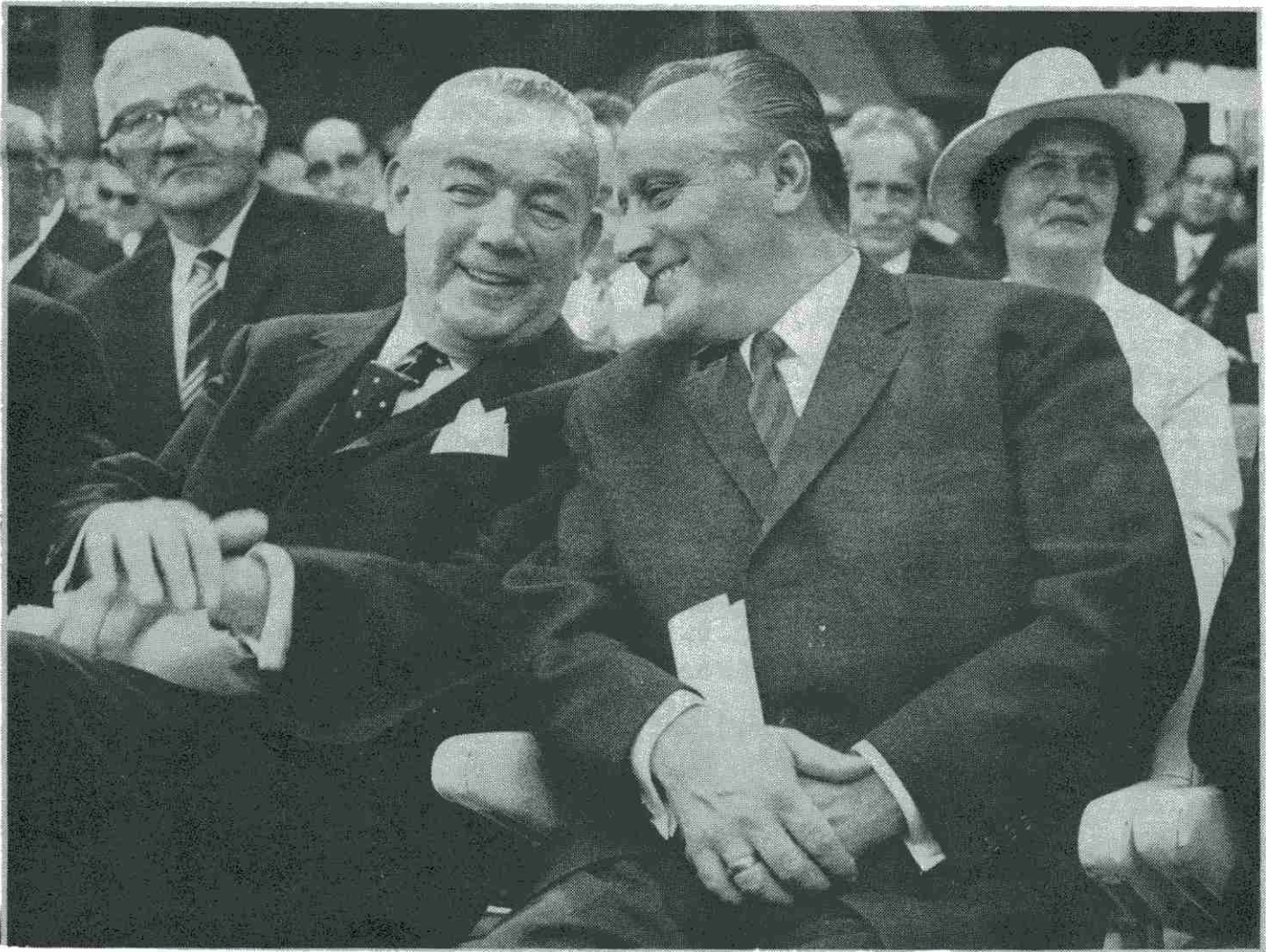
IN DIESER AUSGABE:

HINTERGRÜNDE DER NPD-INITIATIVE DES SENATS (SEITE 2)

VERFASSUNGSSCHUTZ: EINE ANALYSE ÜBER DIE "LINKSEXTREMEN SCHÜLER" IN WESTBERLIN (SEITE 5)

REPUBLIKANISCHE CLUBS: ALLE ANSCHRIFTEN AUF EINEM BLATT (SEITE 8)

DOKUMENTATION: DIE ERKLÄRUNG DER NEUEN DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (SEITE 9)



SOZIALPARTNER FRITZ BERG (BDI) UND WALTER SICKERT (WESTBERLINS DGB-BOSS): DIE MITBESTIMMUNG DER BIEDERMÄNNER IST GESICHERT.

WASCH MIR DEN PELZ, ABER MACH MICH NICHT NASS / VON W. BARTHEL

So rächt sich nun die antikommunistische Ignoranz der Jahre 1946/48 pp in Sachen Entnazifizierung schon bis ins zweite Glied: Wer einen Globke nötig hatte, um die antikommunistische deutsche Nachkriegsdemokratie installieren zu können, wer auf Hunderttausende belasteter Faschisten nicht verzichten wollte, weil sonst die bürgerliche Staatsmacht (und Gesellschaft) zusammengebrochen wäre, wer noch heute keine Woche regieren könnte, wenn über Nacht alle Naziaktivisten von einst aus leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionen verschwinden müßten, der muß nicht nur viel Geld für sein Alibi zahlen, dem kommt der braune Fleck auch stets von neuem durch die weiße Weste.

Der rechtsstaatliche Augenaufschlag, der heute allerorten rechts von Kurt Neubauer und Klaus Schütz durch die Publizistik klimpert, hat freilich mit demokratischer Moral nichts und mit Verfassungs-Formalismus nur selten etwas zu tun.

Auf dem rechten CDU-Flügel jedenfalls denkt man in handfester Parteilichkeit über den Fall: Hier weiß man erstens, daß der NPD-Zulauf in den Städten aus dem SPD-Reservoir gespeist wird. Zweitens wünscht man einen organisierten Rechtsextremismus. Denn bei einem NPD-Verbot würde die dann vagabundierende Wählerschaft der Neonazis vermutlich nicht in SPD- oder CDU-Arme heimkehren, sondern sich aufsplintern. Damit wäre sie für das konkrete Kalkül der CDU/CSU verloren. Mit NPD-Fraktionen aber kann man offen oder heimlich Mehrheiten gegen eine SPD/FDP-Blockbildung schaffen. So vermied es Eugen Gerstenmaier dieser Woche in Westberlin peinlich korrekt, eine eindeutige Antwort auf die Frage zu geben, ob er oder ein anderer CDU-Politiker es ablehnen würden, sich in das Amt des neuen Bundespräsidenten wählen zu lassen, wenn dies allein mit Schützenhilfe der NPD-Delegierten in der Bundesversammlung geschehen könnte.

Das Kalkül der Westberliner SPD und des Senats in dieser Sache entspringt einer Mischung von Hoffen und Bangen: Man hat harte Informationen erhalten, daß die Sowjets Westberliner Bundestagswochen unter Beteiligung einer NPD-Fraktion, wie sie für die Zeit nach den nächsten Wahlen zu erwarten sind, mit äußersten Maßnahmen gegen den Berlin-Verkehr beantworten würden und daß die drei Westmächte sich für diesen Fall die Hände gebunden fühlen. Sowjetische Gewährsleute: Die drei Westmächte stehen überhaupt nur in Berlin, um die Erfüllung der ehemals vereinbarten Kriegsziele auf deutschem Boden zu sichern, also die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam. In beiden Dokumenten ist von einer endgültigen Vernichtung des Nazismus als Hauptziel die Rede. Ein deutsches Parlament mit einer Nazifraktion in Berlin würde einer Demonstration gegen Jalta und Potsdam gleichkommen und von keiner der beteiligten Besatzungsmächte gedeckt werden können.

Der Senat möchte sich deshalb vorsorglich den Pelz waschen, ohne sich naß zu machen. Er rechnet - und insoweit gibt es Konsultationen mit Innenminister Benda von der CDU - vor der nächsten Bundestagswahl nicht mehr mit einem NPD-Verbot in Westdeutschland durch das Verfassungsgericht. Das Westberliner NPD-Problem soll deshalb durch ein separates Verbot wenigstens moralisch geregelt werden, für die drei westalliierten Schutzmächte als Geste des guten Willens.

Nur, welche Provinz von Illusionen öffnet sich sogleich wieder in diesem Kalkül, glaubt der Senat doch ernsthaft, die Tätigkeit einer NPD-Bundestagsfraktion im alten Reichstagsgebäude könnte von einem NPD-Verbot unberührt bleiben. Senator Neubauer: NPD-Abgeordnete würden auch nach einem Verbot nicht an der Ausübung ihres Mandates gehindert werden; sie dürften nur nicht für die Ziele ihrer Partei in Berlin eintreten.

Wofür träte denn Herr von Thadden sonst ein? Nicht der kleine NPD-Schreihals irgendwo in Schöneberg beunruhigt die Amerikaner, Engländer und Franzosen, sondern eine Thadden-Fraktion im Reichstag als Initial einer Westberlinkrise. Also werden die Alliierten nach dem Verbot in Bonn darauf dringen müssen, daß diese Provokation unterbleibt. Wird der Bundestag aber irgendeine Einschränkung für seine Ausflüge an die Spree hinnehmen können? Wird sich dann nicht vielmehr die Tendenz "weg von Berlin" verstärken? Man könnte schon aus diesem Grunde für ein Verbot der Westberliner NPD sein, weil man die wirren Demonstrationen Bonns in Westberlin für lebensgefährlich hält. Nur ist zu befürchten, Klaus Schütz meint es ganz anders. Eine NPD-Bundestagsfraktion trotz westalliierten Verbots im Reichstagsgebäude - dies käme einer ins abenteuerliche gesteigerten Provokation gleich.

CDU-ABGEORDNETE: OETKER ENTLIESS ANTI-NPD-MANN

Aus zuverlässiger Quelle wird bekannt, daß der Bielefelder Konzernherr R. A. Oetker zu Beginn dieses Jahres einen seiner leitenden Angestellten entlassen hat, da dieser sich gegen die finanziellen Transaktionen Oetkers zugunsten der rechtsextremistischen NPD gewandt hatte. Schon mehrfach hatte es Gerüchte gegeben, nach denen Oetker zu den geheimen Industrie-Finanziers der NPD gehören soll (EXTRA-Dienst 78/II). Über die Entlassung des Angestellten berichtete ein niedersächsischer CDU-Abgeordneter in einem privaten Gespräch. Der Abgeordnete kommentierte diesen Vorgang so: Oetker hat es nach dem Krieg sehr schwer gehabt, jetzt will er sich dafür rächen.

WESTBERLIN: KAPITALFLUCHT NACH DER CSSR-INTERVENTION

Genauere Zahlen über die "Kapitalflucht" aus Westberlin nach dem 21. August wurden jetzt aus informierter Quelle bekannt: Die Einzahlungen auf die Konten der Westberliner Banken und die Filialen westdeutscher Banken in Westberlin sanken nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Divisionen in die CSSR um 38 Prozent, während die Einzahlungen auf die Postscheckkonten um 89 Prozent stiegen. Einige der Westberliner Banken seien vorübergehend sogar an den "Rand der Illiquidität" geraten und mußten Geldüberweisungen aus der Bundesrepublik anfordern.

DORTMUND: KRITISCHE SCHULE VERBOTEN

Am Freitag dieser Woche (4. Oktober) sollte in Dortmund erstmals die "Kritische Schule" ihren Lehrbetrieb aufnehmen (EXTRA-Dienst berichtete darüber). Die Initiative zu dieser Einrichtung ging vom Unabhängigen Schülerbund (USB) in Dortmund aus und sollte sich in fünf Arbeitskreisen mit den Zusammenhängen zwischen Schule und Lehrlingsausbildung, Sexualität und Gesellschaft, mit der neueren Geschichte, Gesellschaftstheorien und einer Systemanalyse beschäftigen. Zwei Tage vor dem Start wurde das Projekt vom Stadtjugendamt Dortmund verhindert: Die Räume im Henssler-Haus wurden gesperrt.

KRIMINALPOLIZEI: ERMITTLUNGEN GEGEN "BESTSELLER"

Wegen angeblicher Verbreitung von unzüchtigen Schriften ermittelt Westberlins Kriminalpolizei gegen die Frankfurter "Edition Voltaire", den Verleger des von den Kommune-Mitgliedern Teufel und Langhans herausgebrachten Kommune-Buches "Klau mich", das nach Angaben des Verlages bereits weitgehend vergriffen ist. Das nicht billige Buch (10 DM) enthält das Protokoll des berühmt gewordenen Warenhaus-Brandprozesses gegen Mitglieder der Kommune mittels handschriftlichen Anmerkungen der Angeklagten, wie sich Angeklagte vor bürgerlichen Gerichten verhalten sollten. Als "Beilage" sind dem Buch zwei Fotos beigegeben, die jeweils eine Dame und Herren bei einer strapaziösen Geschlechtsverkehrs-Szene zeigen. Der Verlag vermutet, daß man das Buch weniger wegen der zwei Fotos (die zudem nicht unbedingt als Bestandteil des Buches angesehen werden müssen, sondern auch als "Beigabe" betrachtet werden können) verbieten will, sondern wegen der detaillierten Verhaltensregeln vor Gerichten. - Die ersten 20 000 Exemplare des Buches sind ausgeliefert, eine zweite Auflage von ebenfalls 20 000 ist in Vorbereitung, damit ist "Klau mich" der Bestseller des Herbstes.

STAATSANWALTSCHAFT: EIN NEUER WARENHAUS-BRANDPROZESS ?

Die in Westberlin erscheinende literarisch-satirische Zeitschrift "Exitus" hat sich in einem "Extra-Blatt" an die Rocker-Banden gewandt, die in jüngster Zeit private Fehden in Westberlin austragen und dabei ein Lokal, die Künstlerkneipe "Leierkasten" im Bezirk Kreuzberg, demolierten. "Das ist doch ein ganz kleiner Laden", heißt es in dem Flugblatt, "der wackelt schon, wenn man scharf hinsieht. Das lohnt das Hinlangeln nicht. Und die, die drinsitzen, sind genau so schlecht bei Kasse, wie Ihr, ehrlich. Wir meinen: Kumpels gehen nicht gegen Kumpels." Das Flugblatt weist dann darauf hin, daß es zwei Sorten von Menschen gebe, solche die schufteten, und solche, die andere für sich schufteten lassen. Es heißt dann weiter: "Rocker, als Ihr dem Knecht Springer seine Zeitungswagen

angesteckt habt, wart Ihr gut. Warum also jetzt wieder so kleine Fische? Also überlegt Euch. Hier noch ein Tip, wo das Putzmachen richtigen Spaß macht: Hotel Kempinski am Kudamm/Ecke Fasanenstraße. Café Kranzler am Kudamm/Ecke Joachimstaler. AbsahnerschuppenKaDeWe." Die Staatsanwaltschaft in Westberlin überlegt derzeit, ob sie gegen die Verantwortlichen dieses Flugblatts einen ähnlichen Monstreprozeß anstrengen lassen soll wie gegen die Kommune-Mitglieder, die ein ebenfalls satirisches Flugblatt herausbrachten, in dem nach Ansicht der Justiz zum Legen von Bränden in Warenhäuser aufgefordert wurde.

VIETNAM-SPENDENAKTION: 155 000 DM ÜBERGEBEN

Am Sitz der Südvietnamesischen Befreiungsfront in Ostberlin wurden am Mittwoch dieser Woche weitere 80 000 DM übergeben, die von Westberlinern auf das Konto des "Ständigen Ausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung" (Konto 4936, Bank für Gemeinwirtschaft) eingezahlt wurden. Bei diesen 80 000 DM handelt es sich um jene Summe, die im September des Jahres vorübergehend von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, auf Gerichtsbeschluß aber wieder freigegeben werden mußte. Damit wurden vom "Ständigen Ausschuss" bisher 155 000 DM gesammelt und der FNL übergeben. - Die Polizei in Brüssel hat einer Mitteilung des belgischen Innenministeriums zufolge mit Ermittlungen über eine Waffentransaktion begonnen, über die EXTRA-Dienst 78/II exklusiv berichtet hatte. Ankauf und Verschiffung von Waffen nach Vietnam liegen allerdings so weit zurück, daß Belgiens Polizei Schwierigkeiten haben dürfte.

SPD FRANKFURT: KRACH MIT JUNGSOZIALISTEN

In dem allgemein nach links tendierenden Unterbezirk Frankfurt der südhessischen SPD ist es wegen der oppositionellen Demonstrationen bei der Buchmesse zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen, die zum völligen Bruch zwischen Partei und Jungsozialisten führen kann. Die Frankfurter SPD hatte sich in einer Erklärung hinter ihren Oberbürgermeister Brundert gestellt, der seit längerem wegen seines autoritären Auftretens Zielscheibe der Angriffe jüngerer SPD-Mitglieder ist. Die Knüppelaktion der Polizei wurde von der SPD als "rechtlich einwandfreie Maßnahme" qualifiziert. Die Jungsozialisten sprachen von Terror. Der 1. und 2. Vorsitzende der Jungsozialisten, Berkemeier und Holzapfel, traten zurück. Berkemeier gehört dem Unterbezirksvorstand Frankfurt der SPD an und steht an aussichtsreicher Stelle auf der Liste zu den Kommunalwahlen. Der Unterbezirksvorstand der SPD suspendierte den Juso-Vorstand und entzog ihnen die Parteiämter. Gegen fünf Mitglieder des Ortsvereins Sachsenhausen wurden Parteiverfahren eingeleitet. Mit Schadenfreude äußerte dazu der Landesvorsitzende Heßender Jungen Union (CDU), Dr. Riesenhuber: Die SPD habe wieder einmal gezeigt, daß ihr Fraktionszwang über alles gehe; die Partei solle es daher aufgeben, ständig von ihrer gut funktionierenden innerparteilichen Demokratie zu reden.

FALL KLARSFELD: NS-RICHTER HAILER MUSSTE ZURÜCKTRETEN

Die Westberliner Sekretärin Beate Klarsfeld, die vor einem Jahr wegen kritischer Auslassungen über Bundeskanzler Kiesinger aus dem Deutsch-Französischen Jugendwerk entlassen wurde, hat einen Sieg davongetragen: Der westdeutsche Teil der Schiedskommission des Jugendwerks, Richter Dr. Walter Hailer, ist zurückgetreten. - In der Pariser Tageszeitung "Combat" hatte Beate Klarsfeld geschrieben: "Kiesinger hat es verstanden, sich einen ebenso guten Ruf in den Reihen der Braunhemden wie in den Reihen der CDU zu verschaffen". Nach der deswegen erfolgten Entlassung klagte sie vor einem französischen Gericht, das sich aber unzuständig erklärte und an die Schiedskommission des Jugendwerkes verwies. Der französische Richter der Kommission weigerte sich, den Fall Klarsfeld zusammen mit seinem westdeutschen Kollegen zu verhandeln. Der westdeutsche Kollege, Walter Hailer, trat nämlich am gleichen Tag wie Kiesinger der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 3 579 848), war Kreisredner der NSDAP, Mitglied der SA und während des Krieges in Frankreich und Belgien tätig. Nach dem Kriege wurde der Kiesinger-Freund Hailer Präsident des Verwaltungsgerichtshofes von Baden-Württemberg. Er gehört auch heute der gleichen Partei an wie Kiesinger: der CDU.

DIE "SCHWATTEN BRÜDER"/ ENTWICKLUNGSHILFE MIT NPD-IDEOLOGIE

Die Industrieausstellung unter dem Funkturm geht am Sonntag zu Ende: Hallen voller Wasch- und Abwaschmaschinen, Möbel Hübner und Mercedes 600, Okal-Fertighäuser und Farbfernseh-Werbung im Olympia-Look (Notstand aus Mexico-City braucht Farbe). Das übliche also, ausgenommen vielleicht die Abteilung Elektronik. Üblich auch die angegliederte Schau "Partner des Fortschritts" mit Kunsthandwerk aus aller Herren Länder. Genauer: Länder, die oft nur einen Herren oder fremde Herren kennen. Unsere "Partner" sind demnach faschistische oder halbfaschistische Länder wie Haiti, Indonesien, Bolivien, Südkorea, Formosa oder der Iran. Von den Stellwänden lächeln der Schah und "Papa" Duvalier, Tschiang Kai Tschek und der Friedenspreiser Senghor. In einem besonderen Zelt wirbt das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Titel "Entwicklungshilfe - eine Politik für die Zukunft". Diese kleine Sonderausstellung zieht acht Monate durch deutsche Lande, demnächst nach Bochum und Hamburg. Ähnliche Ausstellungen zeigt das Ministerium überall dort, wo gerade gewählt werden soll, beispielsweise in den Dörfern Niedersachsens zur Kommunalwahl. Nach dem Willen des Initiators, Ex-Minister und jetziger SPD-Entwicklungshelfer Wischniewski, sollen damit insbesondere die von der NPD geschürten Ressentiments abgebaut werden: Die Ideologie, mit der hier für Entwicklungshilfe argumentiert wird, ist allerdings ebenso nationalistisch wie die der neuen Nazi-Partei. Es geht um Deutschlands Vormachtstellung. So liest man es an allen Wänden. Zitate: "Alte Mächte verlieren an Einfluß, neue entstehen... Unsere Entwicklungshilfe ist dazu ein wichtiger Beitrag. Ihr Erfolg entscheidet über unsere Stellung in der Welt von morgen." Oder: "Wer seinen Rang als Industrienation behaupten will, muß in Afrika, Asien und Lateinamerika investieren." Und: "Damit (gemeint ist die Entwicklungshilfe) haben wir uns die Chance geschaffen, unseren Rang unter den Völkern der Erde zu behaupten." Ideologische Alibi-Zeugen werden zitiert und auf Großfotos abgebildet: Berthold Beitz, Karl Danzer (Chef der Karl-Danzer-GmbH in Reutlingen) oder Dr. Karl-Heinz Sonne (Vorstandsmitglied der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln). Dr. Gerd Tacke, Vorstandsmitglied der Siemens AG, plaudert unverhohlen aus der Kapitalisten-Schule: "Wir werden nur weiter exportieren können, wenn in den Entwicklungsländern eine kraftvolle Industrialisierung vor sich geht." Man muß den "schwatten Brüdern", "diese Neger" (so Jürgen von Manger auf einer Public-Relations-Platte des Bonner Ministeriums) helfen, "damit wir ihnen später verkloppen können, was bei uns auf der Halde liegt." Schließlich: "Die Bundesrepublik ist die zweitgrößte Handelsnation der Welt". Außerdem ist Entwicklungshilfe eine Art Lebensversicherung gegen "die Schwatten", denn: "Millionen Menschen sind nicht länger bereit, die Armut als ein unabänderliches Schicksal hinzunehmen. Aufstände, Revolutionen und Kriege bedrohen uns." Das ändert sich sofort, wenn wir erst richtig an den Entwicklungsländern verdienen. Das muß selbst den hartnäckigsten Neonazi überzeugen: Am deutschen Entwicklungswesen wird die Welt genesen...

EXTRA-DOKUMENTATION

VERFASSUNGSSCHUTZ: ÜBER "LINKSEXTREME SCHÜLER" IN WESTBERLIN.

Die Abteilung IV der Senatsverwaltung des Inneren, der Landesverfassungsschutz, hat wieder ein Papier über die Außerparlamentarische Opposition fertiggestellt. Diesmal mit dem Titel "Linksextreme Tendenzen in der Berliner Schülerschaft". Da diese Papiere offenbar nur für den internen Gebrauch hergestellt werden und denen, die es angeht, offiziell nicht bekannt gemacht werden, erfüllt EXTRA-Dienst diese Informationspflicht: Wir veröffentlichen die neue Fleißarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz im Wortlaut, obwohl sie wenig Neues bringt und bereits im August dieses Jahres abgeschlossen wurde:

"LINKSEXTREME TENDENZEN IN DER BERLINER SCHÜLERSCHAFT

1) Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gab 1966 eine Anleitung zur Gründung eines Sozialistischen Schülerbundes heraus, in der u. a. die Grup-

pe der Schüler als eine rechtlose, unterdrückte, von undemokratischen Instanzen - Elternhaus und Schule - abhängige Gruppen dargestellt wurde.

Am 26. Februar 1967 bildeten Schüler und Schülerinnen aus 17 Städten mit organisatorischer Unterstützung des SDS ein "Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler" (AUSS) in Frankfurt/Main. Als Ziele dieses Aktionszentrums wurden eine "Demokratisierung von Schule und Erziehung" sowie die "politische Bewußtseinsbildung unter den Schülern" herausgestellt. Konkret forderten die Schüler die Schaffung unabhängiger Schülerräte. Mitbestimmung in bestimmten Fächern wie Biologie und Geschichte, die sexuelle Aufklärung im Schulunterricht und die Abschaffung jeglicher Zensur von Schülerzeitungen.

2) Anfang Februar 1967 wurde mit Unterstützung des Berliner SDS - unter maßgeblicher Beteiligung des Berufsschülers Michael Lukasik sowie des Oberschülers Peter Brandt - die Unabhängige Schüलगemeinschaft (USG) gegründet. Diese Organisation wurde auf das Programm der AUSS ausgerichtet und war als Alternative zu der bestehenden und als unwirksam empfundenen Schülermitverantwortung (SMV) gedacht. Kurz nach ihrer Gründung organisierte die USG unter Mitwirkung des Medizinstudenten Hubert Bacia (SDS) eine Vortragsreihe, in der die Schüler sexuell aufgeklärt werden sollten. Diese Veranstaltungen machten die USG innerhalb kurzer Zeit in Schülerkreisen populär, so daß die Zahl der aktiven Mitglieder schnell auf 50 Schüler anwuchs. In den folgenden Monaten konnte diese Aktivität nicht aufrecht erhalten werden. Die USG sah kaum eine Möglichkeit, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihre konkreten Forderungen in der Schule durchzusetzen. Außerdem waren nur wenige Schüler bereit, in ihren Schulen für die Sache der USG offen zu agitieren, da sie Nachteile während ihrer Schulausbildung befürchteten. Als Michael Lukasik im Juni 1967 in den Bundesvorstand des AUSS gewählt wurde und nach Frankfurt/Main übersiedelte, verlor die USG ihren aktivsten Mitarbeiter. Die Gruppe löste sich nach und nach auf und besteht jetzt nicht mehr.

3) Nach diesem gescheiterten Versuch, die oppositionellen Schüler zu organisieren, bemühten sich die treibenden Kräfte der sog. Außerparlamentarischen Opposition (APO) - SDS und Republikanischer Club Berlin (RC) - selbst unmittelbar Einfluß auf die Schülerschaft zu nehmen. So versuchten beispielsweise SDS- und RC-Mitglieder, im September 1967 an 4 Berliner Gymnasien unangemeldet in den Unterricht einzudringen, wobei sie vorgaben, mit den Schülern über die Untersuchungshaft des Kommune-I-Mitgliedes Fritz Teufel diskutieren zu wollen.

Die vom SDS geprägte sog. Kritische Universität (KU) versuchte, in verstärktem Maße Schüler zur Mitarbeit heranzuziehen. Dafür wurden 4 Arbeitskreise eingerichtet, die sich speziell mit Schulfragen befassen, u. a. Herrschaftsstruktur der Schule, Kontrolle des Lehrers, Mitbestimmungsmöglichkeit für Schüler, Theorie und Praxis politischer Bildung, Kritik und Analyse West-Berliner Lehrpläne und Lehrbücher zur politischen Bildung.

Anfang Februar d. J. veranstaltete der AStA der FU Berlin im Rahmen der KU ein Wochenendseminar über das Thema "Demokratisierung der Schule". Kurz darauf wurde zur Gründung eines "Aktionszentrums für Schüler" aufgerufen, das vom Initiativausschuß der KU finanziell unterstützt werden soll. Es ist geplant, in diesem Aktionszentrum Diskussionsräume, eine psychologische Beratungsstelle für sexuelle Fragen und Fragen, die sich aus Konflikten in Elternhaus und Schule ergeben, und einen Informationsraum, in dem Materialsammlungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen ausliegen, einzurichten.

In den vergangenen Monaten bemühte sich die APO besonders um die Gruppe der Berufsschüler, die sie gleichzeitig als Vertreter der Arbeiterschaft betrachtet. Nach Äußerungen von SDS-Funktionären bestehen an einigen Berufsschulen bereits kleinere Gruppen, die u. a. für die Verteilung von Flugblättern eingesetzt wurden.

Ende Februar diskutierte der SDS nach einem Treffen mit etwa 70 Berufsschülern auf einer Generalratstagung die Aufstellung einer sog. antiautoritären Gruppe in den Berufsschulen. Unter Mitarbeit* ehemaliger USG-Mitglieder fand daraufhin am 15. März 1968 ein Treffen mit etwa 300 Berufsschülern in der TU Berlin statt, das jedoch nicht zur Gründung einer neuen Schülerorganisation führte. Indessen wurde im RC Berlin der Ar-

beitskreis "Berufsschule und Gesellschaft" gegründet, der sich u. a. zum Ziel gesetzt hat, Aktionskomitees in den Berufsschulen zu bilden.

4) Die Einflußnahme der APO auf die Schülerschaft blieb in der vergangenen Zeit nicht ohne Wirkung. Sie fand zunächst ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß sich an allen größeren Demonstrationen der APO eine erhebliche Zahl von Schülern beteiligte, die auch Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht auswich. Unter den Personen, die bei Ausschreitungen in polizeilichen Gewahrsam genommen wurden, befanden sich bis zu 20 % Schüler.

Zahlreiche Oberschüler und Berufsschüler arbeiten in den Basisgruppen der APO mit. Die Basisgruppe Reinickendorf besteht nach Angaben ihres Leiters beispielsweise zu 50 % aus Schülern. Vor kurzer Zeit wurde in Steglitz eine Schüler-Basisgruppe gegründet. In den vergangenen Monaten wurden einige Fälle bekannt, in denen Schüler mehr oder weniger erfolgreiche Aktionen in den Schulen inszenierten. So traten zum Beispiel anläßlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetzgebung am 15. Mai 1968 200 Schüler der Karl-Friedrich-von-Siemens-Schule in einen Unterrichtsstreik und versammelten sich auf einem nahegelegenen Sportplatz, um über die Notstandsgesetze zu diskutieren. Der Schulleiter sah sich daraufhin gezwungen, den Unterricht abzusagen.

Ein sog. "Aktionskomitee der Schüler" plante mit Unterstützung des SDS und anderer "progressiver Studenten", das "Sportfest der Schulen", das am 25. Mai d. J. im Olympia-Stadion stattfinden sollte, zu stören. U. a. war vorgesehen, mit einer Gruppe von etwa 200 - 300 Personen den Rasen zu besetzen, um dadurch die Schüler zu ähnlichen Aktionen zu ermutigen. Das Sportfest wurde nach Bekanntwerden dieser Planung abgesagt.

Schüler der Frithjof-Nansen-Schule zogen am 24. 5. d. J. auf dem Schulhof ihre Mitschüler in Diskussionen über die Notstandsgesetzgebung und den Ausfall des Stadion-Sportfestes und versuchten, sie vom weiteren Unterricht fernzuhalten.

Auf der 194. Sitzung des Berliner Schülerparlaments im Juni d. J. wurde dessen Auflösung beantragt. Der Antrag, über den erst im September d. J. abgestimmt wird, wurde von Mitgliedern des "Aktionskreises Schülerselbsthilfe" (ASH) eingebracht und von einem großen Teil der Schüler mit Beifall aufgenommen. Der ASH setzt sich nach eigenen Angaben aus etwa 70 Schülern und Lehrern zusammen. Einer seiner Initiatoren, C. Constantin Bartning, sprach als Schülersprecher auf der Kundgebung der APO am 1. Mai d. J. Darüber hinaus bildeten sich an zahlreichen Schulen Gruppen, die enge Verbindung zur APO, insbesondere zum SDS und zu den Studentenvertretungen der FU und TU, halten. Dazu gehören z. B. der Kreis um die Schülerzeitungen "Roter Turm" an der Shadow-Schule und "Rote Sophie" an der Sophie-Charlotten-Schule; ferner die "Kritische Schülergruppe" am Goethe-Gymnasium, ein sog. Anti-Notstands-Komitee der Freiherr-vom-Stein-Schule und das "Aktionskomitee" der Hermann-Hollerith-Schule.

5) Die Zahl der Schüler, die in mehr oder weniger organisierter Form aktiv in der APO mitarbeitet oder noch zu deren Anhänger gerechnet werden kann, ist auf Grund der nur lückenhaft vorliegenden Erkenntnisse nicht zu schätzen. Da es auch innerhalb der APO und des SDS keine echte Führungsspitze, sondern eine Vielzahl von Ausschüssen, Komitees, Arbeitskreisen usw. gibt und eine zentrale Steuerung der Arbeit mit den Schülern offenbar nicht erfolgt, konnte auch aus diesen Kreisen kein klares Bild über den Umfang linksextremer Tendenzen in der Schülerschaft gewonnen werden.

Zweifellos sind Themen der Sexualaufklärung für Schüler stets attraktiv, ebenso würden sie Freude an den zahlreichen vom SDS und der APO durchgeführten Happenings haben. Es dürfte auf der anderen Seite aber auch feststehen, daß ein großer Teil besonders der älteren Schüler mit dem nach ihrer Auffassung autoritären Schulsystem unzufrieden ist und den revolutionären Vorstellungen des SDS leicht unterliegt.

Der Einfluß, den die APO auf die Lehrerschaft, insbesondere auch auf die jungen, die Pädagogische Hochschule verlassenden Lehrer, auszuüben bemüht ist, dürfte in letzter Zeit nicht geringer geworden sein. Die Position der APO an der Pädagogischen Hochschule, bestärkt durch die Haltung einiger Professoren und Dozenten (Professor Dr. Wilfried Gottschalch, Professor C. Wolfgang Müller), zeigt, daß die extremen Pläne des SDS sich offensichtlich weiter durchsetzen könnten. "

REPUBLIKANISCHE CLUBS: 42 ADRESSEN BEKANNT

Die Republikanischen Clubs in der Bundesrepublik - inzwischen sind 42 Adressen bekannt - haben sich immer mehr zu politischen Diskussions- und Aktionszentren der Auserparlamentarischen Opposition entwickelt. Allerdings sind ihre Organisationsstrukturen und Wirksamkeiten unterschiedlich. Auf Initiative des Düsseldorfer RC sollte daher im Oktober eine Koordinationskonferenz stattfinden. Fehlende Kontakte und nicht abgeschlossene politische Grundsatzdiskussionen in den einzelnen Clubs haben dazu geführt, daß diese Konferenz auf Anfang nächsten Jahres verschoben wird. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend die derzeitig gültigen Kontaktadressen der RCs (ohne Gewähr). Einige der Clubs, so die in Hannover und Paderborn, tragen statt "Republikanisch" den Namen "Voltaire". Eine Liste aller Clubs, die in ihrer Arbeit den RCs verwandt sind, aber andere Namen tragen, wird EXTRA-Dienst demnächst veröffentlichen. Er bittet dazu um Angaben von Adressen und Telefonnummern.

Augsburg	8900 Augsburg, Am Milchberg 9
Baden-Baden	7570 Baden-Baden, Gernsbacher Str. 13, Tel. 2 49 63
Bochum	4630 Bochum, c/o G. Boulboulle, Henkenbergstr. 61
Darmstadt	Auskunft: K. Gülch, Tel. 06151/162094
Delmenhorst	2870 Delmenhorst, Wichernstift
Detmold	4930 Detmold, c/o Axel Michaelis, Alter Postweg 71
Dortmund	4600 Dortmund, c/o Peter Rath, Südwall 31, Tel. 57 20 10
Düsseldorf	4000 Düsseldorf, Golzheimer Str. 120, Tel. 44 63 05
Emden	2970 Emden, c/o Heiko Eilts, Zwischen beiden Sielen 17
Ennepetal	5828 Ennepetal, c/o Jürgen Hohmann, Kirchstr. 35
Erlangen	8520 Erlangen, Hindenburgstr. 17
Frankfurt	6000 Frankfurt, c/o Melanie Radke, BfG, Mainzer Landstr. 16
Freiburg	7800 Freiburg, c/o Peter Wichmann, Stadtstr. 4
Gießen	6300 Gießen, c/o Regina Knopf, Eichendorffring 107
Hamburg	2000 Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 95
Hannover	3000 Hannover, Nicolaistr. 11, Tel. 28 73 32
Hameln	3250 Hameln, c/o Suhr, Flößer Gang 6
Heidelberg	6900 Heidelberg, c/o Armin Zumrode, Untere Schloßstr. 7
Herne	4690 Herne, c/o K. Wöhrmann, Mülvanenstr. 15
Iserlohn	5860 Iserlohn, c/o A. Kligge, Thomes Kamp 17
St. Johannisburg	6571 St. Johannisburg, c/o Pfarrer Scholte
Karlsruhe	7500 Karlsruhe 1, Ettlinger Str. 17, Tel. 69 33 09
Köln	5000 Köln 1, Am Römerturm 17, Postf. 1428, Tel. 24 61 92
Lörrach	7887 Wyhlen, c/o Rüdiger Heidt, Rheinstr. 53
Mannheim/Ludwigshafen	6800 Mannheim, B 7, 12
Mainz	6500 Mainz, c/o Reinhard Hippen, Schillerplatz 20
Mülheim	4330 Mülheim, Moritzstr. 110
München	8000 München 22, c/o RA Konrad Kittl, Widenmayerstr. 48
Münster	4400 Münster, c/o HSU, Wolfgang Krause, Dyckburgstr. 2
Nürnberg	8500 Nürnberg, Wielandstr. 30
Ottersberg	2800 Bremen-Oberneuland, c/o Sabine Auffermann, Oberneulander Landstr. 44
Oldenburg	2900 Oldenburg, c/o Peter Wagner, Quellenweg 55 a
Paderborn	4790 Paderborn, Damaschkestr. 29
Reutlingen	7410 Reutlingen, c/o Gerhard Hörz, Metzgerstr. 47
Rheydt	4070 Rheydt, c/o Frank Orłowski, Am Ahrener Feld 78
Pirmasens	6786 Lemberg, c/o Karin Kreutz, Landgrafenstr. 21
Saarbrücken	6600 Saarbrücken, Karcherstr. 15
Tübingen	7400 Tübingen, c/o Dr. E. Trenkner, Spemannstr. 35
Velbert-Niederberg	5603 Wülfrath, c/o Klaus H. Jann, Norderbach 59
Ulm	7911 Aufheim, c/o Franz-Xaver Braun, Ortsstr. 18 1/2
Viersen	4060 Viersen, c/o M. Kratz, Burgstr. 57, Tel. 12 704
Worms	6520 Worms, c/o Winfried Hagen, Donndorfstr. 1

BUNDESREPUBLIK: KONSTITUIERUNG EINER NEUEN KP

In Frankfurt legte am 22. September ein "Bundesausschuß" für die Konstituierung einer neuen Kommunistischen Partei eine Erklärung vor, die wir nachstehend faksimiliert dokumentieren. Das vorläufige Büro dieser "Deutschen Kommunistischen Partei" hat sich in 53 Bonn, Sternenburgstraße 73 (Telefon 02221/2 32 53) etabliert. In der Zwischenzeit konstituierten sich in den meisten Bundesländern Landesausschüsse, in einigen Orten und Landkreisen auch lokale Ausschüsse. Noch in diesem Jahr soll auf Initiative der KP im Ruhrgebiet ein "Kongreß aller sozialistischen und demokratischen Kräfte" stattfinden, auf dem sich erweisen wird, ob die außerhalb der neuen DKP stehenden Gruppen mit der KP zusammen ein Wahlbündnis für die Bundestagswahl 1969 zustandebringen, oder ob die unterschiedlichen Auffassungen, beispielsweise über die CSSR-Intervention, ein solches Bündnis verhindern. Die DKP erhielt bereits vor einer offiziellen Gründung publizistische Schützenhilfe offenbar von Rechtsaußen: Nach einer am Dienstag von Angehörigen der Außerparlamentarischen Opposition in Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gesprengten NPD-Versammlung in der Bonner Beethovenhalle wurde auf das vorläufige Arbeitsbüro der DKP in Bonn ein Revolverattentat verübt. Bisher unbekannt Täter gaben in der Nacht auf das verschlossene und unbesetzte Büro durch Rollläden und Fenster insgesamt acht Revolverschüsse ab. Die Polizei vermutet einen gezielten Anschlag von rechts. Das Büro der DKP trug zum Zeitpunkt des Anschlags keinerlei Bezeichnungen. An der Tür stand lediglich der Name des vorläufigen Büroleiters, Kurt Bachmann.

ERKLÄRUNG zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Die Unterzeichner dieser Erklärung haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Kommunistische Partei neu konstituiert.

Sie unternehmen diesen Schritt in der Überzeugung, daß in der jetzigen politischen Situation das Wirken einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik für die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen arbeitenden Bevölkerung notwendiger denn je ist.

Besorgt verfolgen wir auf allen Gebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens eine bedrohliche Rechtsentwicklung. Das Anwachsen der NPD ist dabei nur ein Ausdruck der allgemeinen reaktionären Entwicklung und der Verschärfung der Klasseneinwanderung. Auf wirtschaftlichem Gebiet sind diese Tendenzen charakterisiert durch die fortschreitende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen, im politischen Bereich durch die Aushöhlung der demokratischen Grundlagen des Staates durch Notstandsgesetze und andere restaurative Maßnahmen; außenpolitisch durch das Streben nach Beseitigung des territorialen Status quo in Europa; geistig durch die verstärkte Propagierung antikommunistischer, nazistischer und nationalistischer Ideen. Damit befindet sich unser Land auf einem gefährlichen Weg, der unser Volk in der Vergangenheit schon zweimal in die Katastrophe geführt hat. In dieser Situation ist eine politische Kraft nötig, die dem arbeitenden Volk offen und ungeschminkt die Wahrheit sagt und ausgehend von den Erkenntnissen des Marxismus für eine demokratische Alternative wirkt.

Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet.

Die von uns neu konstituierte Kommunistische Partei wird eine klare Alternative zur Politik der herrschenden großkapitalistischen Kreise und zu den Parteien, die deren Interessen vertreten, entwickeln. Sie wird sich zum Sprecher und Vorkämpfer der gerechten Forderungen der Gewerkschaften, der Arbeiter, Bauern und anderen abhängigen Schichten der Bevölkerung gegen die Übermacht der Industrie- und Bankherren machen.

Dem Versuch, die Arbeiterschaft geistig und organisatorisch zu entzweifeln und sie in das vom Großkapital beherrschte System einzuordnen, wollen wir eine Partei entgegensetzen, die den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Lage und ihrer sozialen und politischen Interessen vermittelt. Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituiert haben, wird die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die Traditionen von Marx und Engels, von Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann in sich aufnehmen. Sie wird im Geiste des antifaschistischen Widerstands gegen die Nazidiktatur, in dem die deutschen Kommunisten große Opfer im Kampf für ein neues demokratisches Deutschland brachten, wirken.

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik im Sinne einer lebendigen Demokratie kann durch eine legale Kommunistische Partei nur gewinnen. Ihr Eingreifen in die politische und geistige Auseinandersetzung wird den durch die antikommunistischen Tabus eingeschränkten Raum der Diskussionsfreiheit erweitern, die Schranken der Diffamierung und Bevormundung durchbrechen. Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein. Was in England, Frankreich und selbst in den USA erlaubt ist, darf in der Bundesrepublik nicht länger unter Ausnahmezustand des kalten Krieges stehen.

Gewerkschaften im Programm des DGB zur Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum für aktuell und zeitgemäß.

Innenpolitisch ist mit der Annahme der Notstandsgesetze eine Verschärfung aller reaktionären Tendenzen deutlich geworden. Zur Stabilisierung der großkapitalistischen Machtstrukturen im Innern und zur Abstützung ihrer Großmachtspolitik nach außen streben die herrschenden Kreise nach immer undemokratischeren, autoritären Herrschaftsmethoden, wollen sie durch ein manipuliertes Wahlrecht die Macht der CDU/CSU verewigen, degradieren sie das Parlament zur bloßen Fassade.

Demgegenüber wird sich unsere Partei entschieden für die Aufhebung der verfassungswidrigen Notstandsgesetze, gegen alle Notstandspraktiken und gegen jede weitere Aushöhlung der Grundrechte, gegen die reaktionäre Konzentration in der Presse und in anderen Massenmedien, für die Verwirklichung der vollen Rechte der Parlamente, für die umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens einsetzen. Wir trachten danach, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik mit den im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen.

Außenpolitisch geht die Regierung zum dritten Mal in der deutschen Geschichte darauf aus, die Ergebnisse eines verlorenen Krieges rückgängig zu machen und die bestehenden Grenzen in Europa zu ändern. Der Anspruch, Deutschland allein zu vertreten und die Weigerung, mit der DDR als gleichberechtigtem Partner völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zu treffen, bedeutet, daß die herrschenden Kreise in Bonn nach wie vor die DDR liquidieren und den eigenen Machtbereich auf die Grenzen von 1937 ausdehnen wollen. Hieraus entstehen gefährliche Spannungen, die den europäischen Frieden bedrohen. Durch das Nein zum Atomwaffensperrvertrag wird deutlich, daß die Bundesregierung das Streben nach Verfügung oder Mitverfügung über atomare Waffen nicht aufgeben hat. Diese Politik, die das Risiko eines Krieges in sich birgt, widerspricht dem deutschen Interesse. Sie bedroht das Leben unseres Volkes. Sie belastet unser Land mit ständig wachsenden Rüstungskosten und ist eine wesentliche Ursache des Bildungsnostandes, des Zurückbleibens im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung.

Demgegenüber werden wir eine konsequente Friedenspolitik verfolgen. Unsere Partei geht von der Anerkennung der bestehenden Grenzen aus und fordert die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zur DDR, den sofortigen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, die Herabsetzung des Rüstungsetats und die aktive Mitarbeit an der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Heute, da zwei deutsche Staaten bestehen, fordert das nationale Interesse und der europäische Frieden, daß die Bundesrepublik und die DDR ihr friedliches Miteinanderleben auf völkerrechtlich verbindliche Abkommen gründen.

Um diese Alternative für eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung der Bundesrepublik zu verwirklichen, wird unsere kommunistische Partei ihre besondere Aufgabe darin sehen, ein vertrauensvolles und kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern und Anhängern der SPD herzustellen und zu einem Zusammenwirken aller fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterschaft und im Volk zu gelangen. Die Tatsache, daß die maßgeblichen Führer der SPD die Mitverantwortung für den Kurs der großkapitalistischen Kreise und ihrer CDU/CSU übernommen haben, daß sie nicht nur das sozialistische Ziel, sondern auch die Forderung nach ernsthaften gesellschaftspolitischen Reformen aufgegeben haben, darf uns daran nicht hindern.

Im gemeinsamen Handeln aller Sozialisten und Demokraten, trotz unterschiedlicher Auffassungen in manchen grundsätzlichen und aktuellen Fragen, sehen wir die wichtigste Bedingung für demokratische Veränderungen in unserem Land. In außerparlamentarischen Aktionen wie im Wirken um eine parlamentarische Vertretung wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die wie wir ein Bündnis der demokratischen Kräfte — bei Wahrung der organisatorischen Selbstständigkeit und bei gegenseitiger Toleranz — anstreben. In diesem Sinne wollen wir auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, deren soziale und demokratische Ziele wir unterstützen und in deren Reihen wir aktiv mitarbeiten.

Die Kommunistische Partei, die wir neu konstituieren, ist eine Partei der Bundesrepublik. Dieses Land ist unsere Heimat, mit ihrer Bevölkerung teilen wir Freuden, Sorgen und Hoffnungen. Wir entwickeln unser Programm, die Formen und Methoden unseres Kampfes selbstständig auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und ausgehend von den ökonomischen und politischen Bedingungen, die in der Bundesrepublik herrschen. Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Mit der Neukonstituierung nehmen wir die grundsätzlichen Rechte in Anspruch, die sich aus Artikel 21 GG ergeben, wonach die Bildung politischer Parteien frei ist. Wir fordern, daß die seit 1949 vorgenommenen antidemokratischen Änderungen und Einschränkungen, besonders die Notstandsgesetze, rückgängig gemacht werden. Auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien ringen wir um die demokratische Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Dieses Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Arbeiterklasse, durch die große Mehrheit des Volkes, denn der Sozialismus setzt die Eroberung der politischen Macht durch die mit allen anderen arbeitenden Schichten des Volkes verbundene Arbeiterklasse voraus. Wir sind der Überzeugung, daß sich in der weiteren Entwicklung, im Prozeß ihrer eigenen geschichtlichen Erfahrungen, alle sozialistischen und gegen die Monopolherrschaft auftretenden Kräfte in unserem Land für dieses Ziel einigen können.

Gegenwärtig wird das gesamte gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben in der Bundesrepublik durch die Tatsache geprägt, daß eine kleine Gruppe mächtiger Kapitaleigentümer die Wirtschaft des Landes beherrscht und ihren Profitinteressen unterordnet. Diese wirtschaftliche Macht ist die Grundlage ihrer politischen und geistigen Herrschaft über das Volk. Die CDU/CSU ist zur Zeit die politische Hauptkraft dieser Klassenherrschaft, durch die die Macht im Interesse der Monopole ausgebaut wird. Das politische System in Bonn verschleiern mit scheindemokratischen Formen diese wirklichen Macht- und Klassenverhältnisse.

Der Erhaltung und Festigung der monopolkapitalistischen Gesellschaft dient auch der Kurs der SPD — Führung. Mit dem Eintritt in die Große Koalition hat sie eine verhängnisvolle Gleichschaltung mit dem Kurs der reaktionären Kräfte in der CDU/CSU vollzogen und damit auch die Vertretung der unmittelbaren Gegenwartsforderungen der arbeitenden Bevölkerung preisgegeben.

In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist der wahre Charakter der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, als einer vom Großkapital beherrschten Klassengesellschaft, wieder deutlicher sichtbar geworden. Das wirtschaftliche Krisenjahr 1967 hat gezeigt, daß die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung, allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz, nicht imstande ist, den arbeitenden Menschen dauerhafte Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Sie ist nicht fähig, die grundlegenden sozialen und menschlichen Probleme unserer Zeit, besonders die Fragen, die mit der Umwälzung in Wissenschaft und Technik verbunden sind, zum Wohle des Volkes zu lösen.

Demgegenüber fordert die neu konstituierte kommunistische Partei eine demokratische Wirtschaftspolitik. In ihrem Mittelpunkt muß die Mitbestimmung der Arbeitenden in Betrieben, Unternehmen und Staat als erstem Schritt zur Einschränkung der Allmacht der Monopole stehen. Dies dient der sozialen Sicherung gegen Unternehmerwillkür. Wir sind für eine Politik, die stetiges wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung sichert. Das hat eine demokratische Wirtschaftsplannung und eine vom Volksinteresse bestimmte staatliche Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung. Wir fordern eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik und die stetige Erweiterung der Sozialleistungen auf Kosten der Rüstungsausgaben und der Monopolprofite. Wir sind davon überzeugt, daß die soziale Unsicherheit nicht überwunden und die Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht gemeistert werden können, wenn die alles beherrschende Stellung der Konzernherren in der Wirtschaft nicht zurückgedrängt und überwunden wird. Wir halten die Forderungen der

Wir gehen davon aus, daß die Zusammenarbeit der Sozialisten und Demokraten, die sich im gemeinsamen Kampf für demokratische Veränderungen entwickelt, sich auch auf dem weiten Weg zu einer sozialistischen Zukunft unseres Landes fortsetzen wird. Dabei müssen die sozialistische, und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gemäß den hier gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen die Wege zum gesellschaftlichen Fortschritt in eigener Verantwortung suchen und gemeinsam erarbeiten.

In unserer Stellung zur DDR lassen wir uns davon leiten, daß dort, trotz schwerer Ausgangsbedingungen und großer Schwierigkeiten mit Erfolg eine sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung aufgebaut wird. Die Überführung der wichtigen Produktionsmittel in Volkseigentum ermöglichte eine krisenfreie Wirtschaft, sie gewährleistet beständiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit. Sie öffnet den arbeitenden Menschen die Tore zu Hochschulen und Universitäten und zu den leitenden Stellen in Wirtschaft und Staat. Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, unter deren Leitung das erreicht wurde, fühlen wir uns durch den Marxismus und die gemeinsamen Traditionen verbunden. Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges zum Sozialismus ist infolge der andersgearteten historischen Situation und unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in der Bundesrepublik ausgeschlossen.

Wir halten es für unsere natürliche Pflicht, die Tradition des Internationalismus fortzusetzen. Unser Internationalismus steht nicht im Widerspruch zu den echten nationalen Interessen unseres Volkes, sondern entspricht ihnen, weil die Verbindung mit den fortschrittlichen Kräften in aller Welt unseren nationalen Lebensinteressen am besten dient. Deshalb werden wir solidarische Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt, zu den Kräften der antimperialistischen Befreiungsbewegung und zu den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern pflegen.

Auch in unserer Stellung zu den Ereignissen in der CSSR lassen wir uns von internationalistischen Prinzipien leiten. Wir sind der Meinung, daß in der CSSR eine ernste Gefahr, sowohl für die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung im Innern des Landes, wie für die Sicherheitsinteressen aller im Warschauer Vertrag vereinigten sozialistischen Länder und den Frieden in Europa entstanden war. Das militärische Eingreifen der fünf sozialistischen Länder galt ausschließlich der Beseitigung dieser Gefahren. Die vom ZK der KPdSU im Januar dieses Jahres eingeleitete Korrektur der Fehler und Entstellungen in der Vergangenheit wird damit nicht behindert, sondern sichert, daß die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie nicht durch die feindliche Einmischung reaktionärer Kräfte von innen und außen gestört wird. Wir begrüßen die in Moskau getroffenen Vereinbarungen zwischen den Führungen der KPdSU und der KPdSU. Wir sind der Überzeugung, daß die Verwirklichung dieser Vereinbarungen zur Festigung und weiteren Entfaltung des Sozialismus in der CSSR führen und dem Gesamtinteresse der sozialistischen Länder sowie der Sicherung des Friedens in Europa dienen wird.

Wir wenden uns entschieden dagegen, daß die herrschenden Kreise unseres Landes im Sinne der Zersetzung der sozialistischen Ordnung und der Wiederherstellung kapitalistischer Machtverhältnisse in die sozialistischen Staaten hineinzuwirken und damit den Status quo in Europa zu verändern suchen. Die Sicherung des Friedens in Europa erfordert die Herstellung guter Beziehungen zu allen sozialistischen Ländern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme.

* * *

Das Verbot der KPD im Jahre 1956 hat allen reaktionären Entwicklungen in der Bundesrepublik Vorschub geleistet. Es ist an der Zeit, daß es überwunden wird; denn es hat schon 12 Jahre zu lange gedauert.

Wir wenden uns mit dieser Erklärung an die Öffentlichkeit und rufen die Kommunisten, Marxisten und Sozialisten in der Bundesrepublik auf, mit uns gemeinsam am Aufbau der neokonstituierten kommunistischen Partei mitzuwirken.

Wir sind uns bewußt, daß die herrschenden Kreise mit der Aufrechterhaltung des KPD-Verbots auch eine neokonstituierte kommunistische Partei bedrohen können. Auf der Grundlage dieses Verbots wurden jahrelang und weiterhin bis heute demokratische und sozialistische Organisationen diffamiert und verfolgt. Deshalb fordern wir: das KPD-Verbot muß aufgehoben werden. Rechtliche Möglichkeiten dafür sind gegeben.

Wir fordern alle Kommunisten, alle Marxisten, alle, die einer kommunistischen Partei beitreten wollen, auf, in Beratungen und Versammlungen die neu konstituierte kommunistische Partei zu unterstützen und überall örtliche Ausschüsse zu bilden. Wir ersuchen alle in den Ländern, Städten und Gemeinden entstandenen Ausschüsse, sich an den Bundesausschuß zu wenden, ihm Vorschläge und Empfehlungen für die weiteren Schritte zu unterbreiten und ihre Vertreter für eine sobald wie möglich einzuberufende größere Bundestagung zu benennen. Auf dieser Tagung sollen die nächsten politischen und organisatorischen Schritte beraten und beschlossen werden. Sie soll das Verfahren zur Einberufung und Vorbereitung des ersten Parteitag, zur Ausarbeitung der Entwürfe für ein Statut und die politischen Grundsätze und Ziele der Partei erarbeiten.

Der einzuberufende Parteitag wird sowohl in der Festlegung der Ziele und der Politik, wie in der Wahl der Leitungsorgane souverän sein. Er wird die Willensbildung von unten nach oben und die demokratische Wahl der Leitungen auf allen Ebenen sichern.

Der Bundesausschuß schlägt allen, die sich der neokonstituierten kommunistischen Partei anschließen wollen vor, diese Partei gemäß den politischen und nationalen Bedingungen ihres Wirkens „Deutsche kommunistische Partei“ zu nennen. Über die endgültige Festlegung des Namen sollte nach eingehender Diskussion entschieden werden.

Wir fordern alle Kommunisten auf, mit der Werbung für die neokonstituierte Partei zu beginnen und sie durch die Aufbringung finanzieller Mittel und Spenden zu unterstützen.

Wir sind überzeugt, daß die Kommunisten der Bundesrepublik und darüber hinaus viele mit sozialistischen Ideen Sympathisierende und der nach einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft strebende Teil der jungen Generation unseren Entschluß begrüßen. Die im Geist von Marx, Engels und Lenin wirkende neokonstituierte kommunistische Partei wird das politische Leben in der Bundesrepublik bereichern und der Tätigkeit der sozialistischen und demokratischen Kräfte in unserem Lande Auftrieb geben.

Frankfurt, den 22. September 1968

Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei

Kurt Buchmann	Korrespondent	Weiden bei Köln
Peter Dürrbeck	Elektriker	Misburg bei Hannover
Walter Ebert	Vertreter	Gras-Ellenbach
Emma Engelhardt	Porzellanarbeiterin	Schwarzenbach
Kurt Eriebach	Journalist	Hamburg 22
Herrmann Gautier	Angestellter	Bremen
Alfred Gecks	Arbeiter	Düren
Otto Hans	Journalist	Hildesheim
Bernd Hartmann	Referendar	Köln
Hans Heisel	Chemiefacharbeiter	Frankfurt/Main
Werner Höner	Dekorateur	Minden
Heinz G. Hornung	Koch	Fellbach
Erich Mayer	Heizungstechniker	Hamburg 62
Josef Mayer	Verlagsangestellter	Frankfurt/Main

PERSONALIEN

FRITZ TEUFEL, in München ansässiger Westberlin-Kommunarde, wurde von Münchens Polizeipräsident Dr. Schreiber anlässlich eines "angeregten Gesprächs" im Polizeipräsidium mit zwei Whiskys bewirtet.

RAINER LANGHANS, Westberlin-Kommunarde, soll von der Bundeswehr des Ranges eines Fähnrichs und Offiziersanwärters - den er immer noch führt - entkleidet werden; die Bundeswehr will, Mitteilungen aus dem Verteidigungsministerium zufolge, darauf verzichten, Langhans zu Reserveübungen einzuberufen.

HINWEISE DER REDAKTION

DER MÜNCHENER CLUB VOLTAIRE bittet uns um Veröffentlichung folgenden Hinweises: Der CV verlor seine Räumlichkeiten in München, da er sich aktiv in die Anti-Notstandskampagne eingeschaltet hatte und dies dem Vermieter nicht gefiel. Das Aktionskomitee telefonierte zwar in den CV-Räumen, konnte aber die Telefonrechnung nicht begleichen. Es stehen noch DM 180,- offen. Der Club Voltaire ist auch für kleine Spenden dankbar und gibt dafür das Bankkonto 667, Bank für Gemeinwirtschaft, München, an.

ZWEI WICHTIGE BÜCHER aus der "Dritten Welt" sind im Wuppertaler Jugenddienst-Verlag (56 Wuppertal-Barmen, Postfach 217) erschienen: "Zerschneide den Stacheldraht", eine Sammlung südamerikanischer Revolutionspsalmen, von Ernesto Cardenal; sowie "Und sei es mit Gewalt", ein Buch über die Revolution in Guatemala, von Camillo Castano.

TERMINE

SONNTAG, 6. Oktober, 20 Uhr, spricht im Republikanischen Club Claus Michael Naether über "Befreiungskampf in der portugiesischen Kolonie Guinea".

SONNTAG, 6. Oktober, 17.30 Uhr, wird in der Majakowski-Galerie, Kurfürstendamm 72, in der Reihe "Klassische Stummfilme" folgendes Programm gezeigt: "Jüdisches Glück" (Regie Alexander Granowsky, Moskau 1924) und "Kino Nedelja", eine Kinowochenschau aus dem Jahre 1918 (Regie Dsiga Wertow).

FREITAG, 11. Oktober, 20 Uhr, liest in der Theodor-Heuss-Bücherei Mascha Kaléko aus ihrem neuesten Buch "Himmelgraues Poesiealbum" (Westberlin-Schöneberg, Hauptstraße 40).

----- anzeige -----

GESUCHT werden Filmaufnahmen (16 mm) von Demonstrationen, bei denen Che-Guevara-Plakate mitgeführt werden. Honorar nach Vereinbarung. Eilangebote unter Chiffre 80/68 an EXTRA-Dienst.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: